



Nr. 45 – August 2000

PAPUA-NEUGUINEA

25 Jahre Unabhängigkeit

Am 16. September 2000 feiert Papua-Neuguinea das silberne Jubiläum der Unabhängigkeit. Bereits im Juni wurden der Festablauf sowie das rot-schwarz-goldene Jubiläumslogo (s. Abbildung) von Premierminister Mekele Morauta der Öffentlichkeit vorgestellt. „Die Unabhängigkeit hat ihren Test bestanden und sie funktioniert gut“, sagte Morauta. „Trotz der Krise auf Bougainville, der Sandline-Affäre und der Misstrauensvoten haben wir eine gute Demokratie. Darauf können wir stolz sein“, so Morauta weiter. Allerdings, so schränkte der Premier ein, hätten sich viele Bereiche noch nicht wie geplant entwickelt. Bei der Bereitstellung des Gesundheits- und Bildungswesen in den ländlichen Gegenden gäbe es noch viel zu tun. Das Jubiläum müsse dazu dienen, Fehler einzuräumen und Chancen für die Zukunft wahrzunehmen, rief Morauta alle Bürger auf. (PC 18.06.00)

Amnesty International legt Jahresbericht vor

Die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat ihren Jahresbericht für 1999 vorgelegt. Darin beklagt AI die Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibeamte und durch Gefängniswärter, darunter 17 mutmaßliche extralegale Hinrichtungen und Misshandlungen. Die Vernachlässigung des Gefängniswesens durch die Regierung habe zu Massenausbrüchen und zu Hungerstreiks von Insassen geführt. Diese wollten damit ihrem Protest gegen die grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen Ausdruck geben, hiess es in dem Bericht. Die Gefängnisse seien extrem überfüllt und es gebe nicht genug Lebensmittel für alle. (Amnesty International 16.6.00)

Studenten bekommen kein Geld mehr

Die Studenten der Universität von Port Moresby haben an die Regierung appelliert, ihre Studienbeihilfen auszuzahlen. Die finanzielle Hilfe zum Kauf von Büchern und als Beitrag zum Lebensunterhalt wurde seit Januar 2000 ausgesetzt. Sie wird regulär dreimonatlich für je einen Studienterm bezahlt. (PC 20.07.00)

BOUGAINVILLE

Neues Autonomie-Abkommen

Am 9. Juni unterzeichneten Vertreter der Nationalregierung von PNG sowie die Führer der Bougainville-Interimsregierung in Port Moresby ein weiteres Abkommen zur Zukunft der Insel. Das sogenannte „Gateway Communiqué“ diskutiert im Detail die Strukturen einer autonomen Regierung für Bougainville. Das Abkommen, das sich als Folgevertrag zu den bereits geschlossenen Abkommen von Lincoln und Loloata versteht, beinhaltet Überlegungen, wie schnell die Interimsregierung wirkliche Regierungsmacht ausüben kann und wie die zukünftigen Beziehungen zwischen PNG und Bougainville aussehen könnten. Joseph Kabui, Präsident des Volkskongresses (Bougainville People's Congress) lobte die Unterzeichnung des Abkommens als weiteren Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden. (PC 12.06.00)

BERGBAU

Broken Hill will Ok Tedi in 5 Jahren schliessen

Ende Juli trafen sich in Port Moresby Paul Anderson, Manager des Bergbaukonzerns Broken Hill

**PAZIFIK-
INFORMATIONSTELLE**

Getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V., dem Evang. Missionswerk in Deutschland, dem Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und dem Nordelbischen Zentrum für Weltmission und kirchlichen Weltdienst.



Missionswerk
der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Christsein überall

Property (BHP) und BHP-Präsident Ron McNeilly mit Premierminister Sir Mekere Morauta, um über die Zukunft der Ok Tedi Mine zu diskutieren. Ausgangspunkt der Verhandlung war der von der Weltbank vorgelegte Bericht, der aufgrund der starken Umweltbelastung eine sofortige Schließung der Mine nahelegt. BHP, mit 52% größter Anteilseigner an der Mine im Grenzland zu Westpapua, möchte diese in spätestens 5 Jahren stilllegen. Die Regierung von Papua-Neuguinea, die mit 30% an der Mine beteiligt ist, will diese allerdings trotz der Umweltschäden erst in zehn Jahren aufgeben. Ok Tedi ist größter Arbeitgeber der Region und erwirtschaftet 20% der Exporterlöse des Landes. Unterstützt wird das Vorhaben der Regierung von der Firma Inmet Mining, die 18-prozentiger Anteilseigner ist. (*Reuters 21.07.00*)

Ok Tedi- Profite nicht für Landbesitzer

Broken Hill Property (BHP) verzeichnet für das Jahr 1999 einen Gewinn von 1,63 Billionen AUS Dollar (1,26 DM je AUS \$ am 21.08.00) aus der Gold- und Kupfermine Ok Tedi. Die Anwohner der Flüsse Fly und Ok Tedi fordern davon rund 200 Millionen Dollar zum Bau einer Pipeline zwecks Abtransports der giftigen Abfälle aus ihrem Gebiet sowie den Bau eines Staudammes. Ihre Forderung unterstützen sie durch eine Klage vor dem obersten Gerichtshof von Victoria in Australien. Paul Anderson, Manager von BHP, sagte, der Profit aus der Mine solle zum Rückkauf von Aktien verwendet werden. So könnten die Anteile von BHP an Ok Tedi vergrößert werden. Von dem Bau eines Staudammes oder einer Pipeline könne keine Rede sein. (*The National 01.08.00*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

PAPUA-NEUGUINEA

Religionsfreiheit auf dem Prüfstand

Religionsfreiheit gehöre zu den grundlegenden Menschenrechten. Sie müsse auch in der Frage des Baus einer Moschee in Hohola (Port Moresby) beachtet werden. In diesem Sinne nahm die Katholische Bischofskonferenz von PNG und den Salomonen in der öffentlichen Debatte um nicht-christliche Religionen in PNG Stellung. Äußerungen gegen die Moschee seien „Anzeichen religiöser Intoleranz, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben sollte“, so die Bischöfe.

Demgegenüber hatte der auch für die Kirchen zuständige Innenminister Adrew Kumbakor kürzlich vor einer Versammlung katholischer Frauen gemeint, die Verfassung garantiere zwar Religionsfreiheit, es sei aber notwendig, diesen Artikel um eine Definition des Begriffes der Religionsfreiheit zu ergänzen und die Grenzen des Schutzes der Religionsfreiheit festzulegen. Aus diesem Grunde plane die Regierung zur Zeit eine Gesetzesänderung zur Kontrolle nicht-christlicher Religionsgemeinschaften. Auch sie müssen die Gesetze des Staates achten. Der zur Zeit geltende Gesetzesrahmen sei zu weit, so der Innenminister.

Der ökumenische Rat der Kirchen von PNG (PNGCC) teilte durch seine Generalsekretärin, Sophia Gegeyo, mit, dass die Existenz nicht-christlicher Reli-

gionsgemeinschaften in PNG von der Gemeinschaft der Großkirchen nicht infrage gestellt werde. Sie sei aber besorgt über mögliche Zwischenfälle und gesellschaftliche Spannungen in den Gemeinwesen und im Land allgemein, die von diesen Gruppierungen verursacht werden könnten. Der Rat forderte die Mitgliedskirchen auf, auch weiterhin die Lehre des Evangeliums zu verbreiten, insbesondere den Christen Mut zu machen, keine Angst vor den nicht-christlichen Gruppen zu haben, sondern weiterhin zu versuchen, jede und jeden in die Familie Gottes einzuladen. Im übrigen sei die Existenz anderer Religionsgemeinschaften auch eine Herausforderung an die Christen, sich über ihren eigenen Glauben klar zu werden. (*Pacnews 17.08.00, National Online 15.08.00*)

AUS DER ELC-PNG

Kreditunion für die ländliche Region

„Putim na Kisim“ (Einzahlen und Herausnehmen) heißt die nun offiziell ins Leben gerufene Kreditunion des Lutherischen Entwicklungsdienstes der ELC-PNG. Damit sollen Spar- und Kreditmöglichkeiten gerade für abgelegene Regionen geschaffen werden. Initiiert wurde das Vorhaben 1995 von den Mitarbeitenden des landwirtschaftlichen Ausbildungsprogramms „Yangpela Didiman“ in Verbindung mit der deutschen Hanns-Seidel-Stiftung. Den Absolventen der Kurse für Dorfmotivatorensollte damit ein Weg zur Erwirtschaftung eigener Finanzen ermöglicht werden. Bereits vorher hatten sich in den Dörfern Spar- und Kreditgemeinschaften von bis zu 100 Mitgliedern gebildet, die

sich bald mit den Dorfmotivatoren zusammensetzten. In intensiven Kursen wurden von Anfang an geeignete Kandidaten als Schatzmeister ausgebildet. Die Spar- und Kreditunion „Putim na Kisim“ ist bislang in fünf Provinzen des Landes eingeführt worden: Morobe, Madang, Simbu, Westliches und Östliches Hochland. (*National Online 17.08.00*)

Neues Schiff für Rabaul

Die neueste Errungenschaft der kircheneigenen Schifffahrtsgesellschaft ‚Lutheran Shipping‘ ist das Passagierschiff MV Minigulai (Seeadler). Es ist ein 37 m langer Katamaran, zugelassen für 300 Fahrgäste. Es soll die Strecke Lae – Kimbe – Rabaul bedienen. Bei der feierlichen Inbetriebnahme lobte der Minister für Transport und Zivile Luftfahrt, Bart Philemon, den Beitrag der Lutherischen Kirche für die Verkehrsanbindung der Inselbevölkerung, die besonders unter den ständig steigenden Flugpreisen zu leiden habe. Das früher von Adelaide (Australien) aus betriebene Schiff besitzt zwei Detroit-Diesel-Motoren mit 1650 PS. Damit kommt es auf eine Höchstgeschwindigkeit von 25 Knoten. Ein Fahrschein Rabaul – Lae wird 111 Kina (Economy Class) bzw. 138 Kina (Tourist Class) kosten. Für Schüler und Studenten sowie für Kinder gibt es ermäßigte Preise. (*National Online 15.08.00, Wantok 10.08.00*)

Gegen Legalisierung der Prostitution

Die Evang.-Lutherische Kirche von PNG unterstützt nicht den vom Gouverneur der Morobe-Provinz, Luther Wenge, favorisierten Gesetzesentwurf, in dem Prostitution legalisiert (und kontrolliert) werden soll. In einem

Interview vertrat der Leitende Bischof, Dr. Wesley Kigasung, die Auffassung, ein solches Gesetz sei für Heiden angemessen aber nicht für Christen. Um das Problem von HIV und AIDS in den Griff zu bekommen, müsse man die Aufklärungsarbeit im Rahmen der Betreuung und Schulung von Familien im Bereich der Gesundheitsvorsorge intensivieren. Nur so könne der Gesellschaft wie dem einzelnen Bürger auf lange Sicht wirksam geholfen werden. Der Gesetzesentwurf trage nach Auffassung des Bischofs im Gegenteil dazu bei, die Gemeinwesen und die einheimische Kultur und ihre Wertvorstellungen weiter zu demontieren.

In getrennten Stellungnahmen hatten sich auch der ökumenische Rat der Kirchen von PNG (PNGCC) und die Katholische Hilfsorganisation Caritas PNG gegen den ministeriellen Vorschlag gewandt. Prostitution widerspräche jeglicher christlichen Ethik, menschliche Sexualität sei ein Geschenk Gottes und als solches niemals ein kommerziell einzusetzendes Verbrauchsgut, so die Generalsekretärin Sophia Geygo vom PNGCC. Dort, wo Ehemänner und Väter sich auf Prostituierte einließen, werde viel Leid in den betroffenen Familien verursacht. (*Wantok 10.08.00, PC Online 26.07.00*)

Dank für Yagaum

Gesundheitsminister Ludgar Mond hat den Beitrag der Lutherischen Kirche für die Gesundheitsdienste im Land gelobt. Bei seiner Ansprache zum 50jährigen Jubiläum des Lutherischen Krankenhauses Yagaum (bei Madang) hob er besonders die Dienstleistungen für die ländliche Bevölkerung hervor. Knapp die Hälfte aller Leistungen im Gesundheitswesen würden von

den Großkirchen, der Rest von den staatlichen Stellen erbracht. Der Minister bewertete die gegenseitige Ergänzung als vorbildliche Partnerschaft zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen. Die Beauftragten der Kirchen für das Gesundheitswesen forderte er auf, enger mit den staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten, um die staatliche Unterstützung für die kirchlichen Gesundheitsdienste voll in Anspruch nehmen zu können. Mit der geplanten Zentralisierung der Verwaltung des Gesundheits- und des Schulwesens solle verhindert werden, dass Mittel der Zentralregierung für diese Aufgaben in den Provinzen zweckentfremdet werden. Damit solle der weitere Verfall des Gesundheits- und Schulwesens verhindert werden.

In der Jubiläumsfeier am 22. Juli teilte der Parlamentsabgeordnete für den Wahlkreis Madang, Wama, in seiner Ansprache mit, dass er das Krankenhaus mit staatlichen Mitteln weiter ausbauen möchte. Es gelte, so der Politiker, den guten Namen der Einrichtung zu wahren. (*Independent 03.08.00, Wantok 20.07.00*)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Neue Leitung beim PNGCC

Für die nächste Amtsperiode sind im ökumenischen Rat der Kirchen von PNG (PNGCC) die Personalentscheidungen gefallen: Neuer Vorsitzender wird der jetzige Moderator der United Church, Rev. Samson Lowa. Der aus West New Britain stammende Geistliche war zuvor Pfarrer der englischsprachigen Gemeinde der „Rev. Sioni Kami Memorial Church“ in Boroko (Port Moresby). Zum Vize-Präsidenten wurde Major Andrew Kalai von der Heilsarmee gewählt. Er ist zur Zeit

deren Generalsekretär. Die Abteilung für Frauenangelegenheiten wird von Gwen Tulo geführt werden, Peter Saroya soll das Büro für Soziale Angelegenheiten leiten. (National Online 11.08.00)

Junge Elite gegen Korruption

Korruption könnte das Land vernichten. Davor warnte Pater Don O'Connor, der Vorsitzende der Katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in einer Ansprache vor Studierenden der Divine Word University, Madang. Wenn die Elite des Landes nicht gegen Korruption einschreite, sei dies der Anfang vom Ende der Demokratie. Die Studierenden des Studiengangs 'PNG Studies' forderte er auf, die politische Entwicklung im Land kritisch zu beobachten und gegebenenfalls auch aktiv zu werden. (PC Online 08.08.00)

Gesundheitsdienste auf dem Land

'Die Gesundheitsfürsorge auf dem Land verbessert sich nicht.' Mit diesen Worten wurde die Situation der Menschen bei der Jahreskonferenz des Medizinischen Rats der Kirchen von PNG beschrieben. Die Haupt Hindernisse für bessere Versorgung der Bevölkerung können in drei Kategorien eingeteilt werden: (1) Unzureichende Infrastruktur: es fehle an Straßen, Flugplätzen und einem verlässlich funktionierenden Kommunikations-System. (2) Zu wenige Einrichtungen auf dem Land wie Erste-Hilfe-Stationen, Polikliniken und Kleinkrankenhäuser. (3) Feh-

lendes Bewußtsein in der Bevölkerung für angemessene Gesundheitsvorsorge. Der Vorsitzende des Medizinischen Rats der Kirchen, Don Kudan vom Lutherischen Gesundheitsdienst Madang, forderte die Mitgliedskirchen auf, enger mit dem Medical Council der Kirchen und mit den zuständigen Regierungsstellen zusammenzuarbeiten und noch stärker medizinisches Personal für den Dienst in abgelegenen Regionen auszubilden. (PC Online 08.08.00)

Kirchengesetz umstritten

Nach Meinung des Rates der Kirchen von PNG (PNGCC) ist das von der Regierung vorgeschlagene neue Gesetz gefährlich. Generalsekretärin Sophia Gegeyo wies darauf hin, dass in dem Entwurf die Gründung eines Nationalrats der Christlichen Kirchen vorgesehen sei und auch deren Zuständigkeiten und Funktionen definiert würden. Sie sagte, wenn dies ein Versuch der Regierung sei, Kontrolle über die Kirchen auszuüben, dann ist das Gesetz gefährlich. Sophia Gegeyo wörtlich: *„Etliche Kirchen arbeiten partnerschaftlich mit der Regierung in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen zusammen. Aber ihre Unabhängigkeit muß gewahrt bleiben, damit sie sich frei und unvoreingenommen zu bedeutsamen moralischen und gesellschaftlichen Fragen äußern können.“* Diese Kirchen müssten frei sein, ihren evangelistischen Auftrag auszuführen, ohne dabei ihre Integrität infrage zu stellen. Laut Ms. Gegeyo wäre die Regierung oder die Legislative in der Gemeinschaft der Kirchen vertreten. Eine so enge Verbindung zwischen Regierung und Kirchen halte sie für ungesund und unannehmbar. Bei der vorgeschlagenen Regelung würde die Regierung an Entschei-

dungen der Kirchen beteiligt sein, sogar an Personalentscheidungen über die Vertretung der Kirchen bei zwischenkirchlichen Verhandlungen.

In der Gesetzesvorlage ist vorgesehen, dem Rat der Kirchen jährlich aus dem Haushalt der Regierung Mittel für verschiedene kirchliche Programme und Institutionen im Land zu geben. Außerdem soll ein Fonds, genannt „School of Integral Human Development“, gegründet werden. Dies begrüßte Ms. Gegeyo und sie wies darauf hin, dass die Kirchen in diesem Bereich der ganzheitlichen Entwicklung schon viel getan hätten. (PC Online 28.06.00)

Bibel in der Sprache von Sidor

13 Jahre hat die Übersetzung des Neuen Testaments in die Gwahatike-Sprache der Bevölkerung von Sidor (Rai Coast, Madang-Provinz) gedauert. Diese Sprache wird von rund 1500 Menschen gesprochen. Der Leiter des Projekts des Summer Institute of Linguistics (SIL / Wycliffe-Bibelübersetzer) war der Koreaner Jee Young An. Gemeinsam mit einheimischen Assistenten begann er mit seiner Arbeit 1987 in Rai, Sidor. Ans Heimatorganisation, die Global Bible Translators of South Korea, förderte die Produktion der Heiligen Schrift.

Die ersten 500 in Süd-Korea gedruckten Exemplare werden für 50 Kina pro Stück verkauft. (PC Online 19.06.00)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Australien

13. Generalsynode der Lutherischen Kirche von Australien

Vom 23. bis 27. Juli 2000 fand die 13. planmäßige Synode der Lutherischen Kirche von Australien (LCA) statt. In Anwesenheit von Dr. Noko, Generalsekretär des LWB, und hoher Repräsentanten der anderen Großkirchen Australiens gab der scheidende Kirchenpräsident, Dr. Lance Steicke, vor über 1300 Teilnehmenden seinen letzten Bericht. Hierbei hob er besonders die inzwischen geknüpften ökumenischen und internationalen Beziehungen der LCA hervor. Rev. Michael Semmler, einer der Distrikt-Präsidenten, wurde zum vierten Präsidenten der Kirche gewählt.

Während der Synodaltagung wurde auch ein symbolischer Akt der Versöhnung mit den Aborigines durchgeführt. Dabei formulierte Präsident Steicke, gewandt an die Aborigines unter den Mitgliedern der LCA, ein Wort der Entschuldigung: *„Im Namen der übrigen Mitgliedschaft sage ich, es tut mir leid, dass euer Volk leiden musste und verletzt wurde. Wir bitten Gott uns zu verzeihen, wo wir Böses getan haben und wo wir euch nicht geholfen haben. Wir wollen mit euch zusammenarbeiten, miteinander teilen und voneinander lernen. ... Bitte, vergebt uns.“*

Für die Bevölkerung von Zentralaustralien sprach Pastor Jimmy Haines das Wort der Versöhnung. Er hob hervor, dass es viele Menschen unter den Weißen gebe, die ihnen als Freunde hilfreich zu Seite stehen. Vor allem dankte er für die Pioniermissionare und diejenigen, die lange Zeit bei ihnen lebten.

Zur Einführung der Frauenordination konnte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden werden: von den 427 Delegierten stimmten nur 220 dafür und 195 gegen den Antrag bei einer Enthaltung. In einer zusammenfassenden Stellungnahme des scheidenden und des zukünftigen Präsidenten wird die Empfehlung der Pfarrkonferenz der Gesamtkirche, die der Synodaltagung vorausgegangen war, aufgegriffen und die Notwendigkeit weiterer Diskussion zum Thema Frauenordination bekräftigt.

Die Abteilung für Mission der LCA pflegt partnerschaftliche Verbindungen zu 22 Kirchen in 13 Ländern. Allerdings sind zur Zeit nur zwei LCA-Pfarrer und neun andere Fachkräfte im Ausland tätig. Ihre Zahl wird aus Kostengründen weiter reduziert werden. (*Ica Online 04.08.00*)

Fidschi: Gebetswachen für Einheit und Versöhnung der Nation

Am 19. eines jeden Monats wollen die Frauen von Fidschi ab August in der Holy Trinity Cathedral in der Hauptstadt Suva für Frieden und Versöhnung beten. Die Teilnehmenden wurden gebeten, dabei auch weiterhin Fidschis blaues Band (blue ribbon) an der Kleidung zu tragen, das Zeichen der „Frauenaktion für Demokratie und Frieden“. In ihrem Aufruf wenden sich die Frauen auch an den Einzelhandel und das dienstleistende Gewerbe mit Kundenverkehr: möglichst viele angestellte sollten das Blaue Band tragen, damit es in der Öffentlichkeit sichtbar wird und die Aktion größere Wirkung bekommt. Mit dem Erlös eines Wohltätigkeitsba-

sars im YWCA-Zentrum soll die Friedensinitiative der Frauen finanziell unterstützt werden. Während Basar und Gebetsveranstaltung bereits von der zuständigen Behörde genehmigt wurden, stand die nun zum dritten Mal beantragte Erlaubnis für einen Friedensmarsch mit den blauen Bändern noch aus. Zweimal waren die Anträge unter Hinweis auf die kritische innenpolitische Situation abgelehnt worden.

In der Zeit vom 21. Mai bis 24. Juli hatten sich Frauen, Männer und Kinder täglich in der Kathedrale zu Friedensgebeten eingefunden. Der National Council of Women hatte dazu eingeladen als Reaktion auf die Ereignisse vom 19. Mai 2000, in deren Verlauf die Koalitionsregierung gestürzt worden war, in Suva Gewalttätigkeiten und Plünderungen ausbrachen, die zu weiteren Unruhen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führten. (*National Council of Women Fidschi 11.08.00*)

Fidschi: Die Kirchen und der Staatsstreich

In Fidschi ist eine erbitterte Debatte über die Rolle der Kirchen bei dem politischen Umsturz entstanden. Rev. Josateki Koroi, einer der entschiedensten Gegner des ethnisch motivierten Staatsstreichs, hat den Kirchenführer der Methodisten im Land, Rev. Tomasi Kanailagi, beschuldigt, die rassistische Komponente des Coups verschleiern zu haben.

Mr. Kanailagi, der zu Gebeten in das Parlamentsgebäude gekommen war, meinte dagegen: *„Die Methodistische Kirche ist entschieden gegen den Coup. Ich fordere in aller Demut, dass sie (die Anführer des Coups) nichts Unzivilisiertes tun.“*

Am vergangenen Sonntag wurde in ganz Fidschi für ein Ende des Geiseldramas gebetet. Geistliche Führer der Hindus und der Muslime zeigten sich besorgt über das Schicksal der 13 Hindus und zwei Muslime unter den Geiseln. Sie fürchten, dass mit dem Coup auch das Ende der Religionsfreiheit für Fidschi gekommen sei.

Unterdessen wurden die Geiseln in ihren Aufenthaltsräumen über eine Lautsprecheranlage aus ca. 50 m Entfernung mit Chorälen, Gospel-Liedern und Ansprachen erregter Prediger beschallt. Der Anführer des Coups, Speight, der zu den Siebenten-Tags-Adventisten gehört, hat an einigen Gottesdiensten im Parlamentsgebäude teilgenommen.

Christliche Geistliche besuchen die Geiseln regelmäßig. Ob hinduistische oder muslimische Geistliche Zugang zu den Geiseln erhielten, ist unwahrscheinlich. Ein Sprecher der Leitung des Coups meinte, dies würde nicht den Zielen der Aktion entsprechen. Nach Aussagen von Mr. Pratap Chand zufolge, dem Minister für Einwanderungsangelegenheiten in der Regierung Chaudhry, der selbst nicht als Geisel gehalten wird, beteten die Hindus von Fidschi für ein friedliches Ende der Krise. Nach seiner Meinung benutzten die Coup-Anführer religiöse Gefühle für ihre politischen Ziele. „*Nach unserer Meinung ist Religionsfreiheit ein wichtiger Bestandteil jedweder Verfassung*“, so Chand. So würden die rund 290.000 Hindus von Fidschi, von denen 95% pakistanscher oder indischer Abstammung sind, lediglich abwarten und hoffen.

Der Präsident der Liga der Muslime, zu der rund 56.000 Gläubige gehören, wies auf die in den Verfassungen von 1990 und 1997 garantierte Religionsfreiheit hin,

meinte allerdings, nun sei alles ungewiss. Weil aber zur Zeit niemand hinhörte, würde die Liga sich jetzt nicht über Fragen der Zukunft äußern. (*Sydney Morning Herald Online 27.06.00*)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Mikronesien: Choleraepidemie fordert Todesopfer

Die im April auf der Insel Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien) ausgebrochene Choleraepidemie hat bislang 15 Todesopfer gefordert. Zur Zeit befinden sich 578 Erkrankte im staatlichen Krankenhaus, 1.352 Menschen werden in ländlichen Gesundheitszentren behandelt. Auf den umliegenden Inseln zählte man 670 Patienten. Die Zahl der an Cholera erkrankten Personen war Anfang Juni sprunghaft gestiegen. Grund dafür ist wahrscheinlich der Verzehr von traditionell zubereiteter Nahrung bei großen Beerdigungsfeierlichkeiten auf Pohnpei, erklärte Dr. Jeff Benjamin, Sekretär im Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Soziales. 2.641 Personen wurden auf den Verdacht einer Choleraerkrankung hin auf entsprechende Symptome untersucht. Das Gesundheitsministerium will nun die Gesamtbevölkerung (ca. 120.000 Menschen) der Föderierten Staaten präventiv gegen Cholera impfen.

Die infektiöse Magen-Darm-Krankheit Cholera überträgt sich durch mangelnde Hygiene sowie über nicht abgekochtes Wasser und Nahrungsmittel. (*PIR 30.06.00, 16.08.00*)

Marshall-Inseln kooperieren mit China

Eine Delegation der Marshall-Inseln hat bei einem Besuch Taiwans eine engere Kooperation mit China vereinbart. Die Abgesandten Mikronesiens informierten sich in Kinmen, einer Insel vor der Küste der chinesischen Provinz Fujian, über Möglichkeiten ökonomischer Entwicklung in kleinen Inselstaaten. Die Marshall-Inseln unterhalten seit 1998 diplomatische Beziehungen zu China. China betreibt die größte Basis für Hochseefischerei in Majuro. Zur Zeit operieren 42 taiwanesischer Fischerboote in den Gewässern der Marshall-Inseln, einem Verband von 1.225 Inseln mit einer Bevölkerung von 58.000 Einwohnern. (*Pacnews 09.08.00*)

Atomtestgebiet wird Urlaubsressort

Das Rongelap Atoll der nördlichen Marshall-Inseln soll von der japanischen Regierung in den nächsten drei Jahren zu einem Touristenressort ausgebaut werden. Die von einer japanischen Filmfirma gedrehte Dokumentation über Rongelap hat im Tourismussektor für Aufsehen gesorgt. Der Sprecher eines Anbieters von Tauchreisen sagte, das Gebiet sei ideal für Taucher, die Korallenriffe zählten zu den intaktesten des Pazifiks und es gäbe besonders große Fische.

Das Rongelap Atoll liegt 100 Meilen östlich des Bikini Atolls, auf dem die USA von 1946 bis 1958 67 Atom- und Wasserstoffbomben testeten. Bei vielen dieser Explosionen lag Rongelap in Windrichtung und wurde so vom radioaktiven Fallout getroffen. Nach einer Zwangsumsiedlung von 1954 bis 1957 kehrten die Bewohner Rongelaps 1958 auf das Atoll

zurück. Die amerikanische Regierung hatte zugesichert, dass es ungefährlich sei, auf der Insel Nahrungsmittel anzubauen und zu fischen. Inzwischen läuft gegen die USA eine Klage der Marshalliesen auf Kompensationszahlungen wegen gesundheitlicher Schäden und der Zerstörung ihres Ökosystems. (PIR 08.08.00)

Palau komplett vernetzt

Die Republik von Palau (Belau) ist die erste komplett vernetzte Inselnation im Südpazifik. Die japanische Internetproviderfirma Aoyama Planning Arts (APA) hat mit dem „Palau INT Project“ (Projekt für Informationstechnologie) alle 200 Inselgruppen südöstlich der Philippinen über Fiberglaskabel verbunden. So ist in dem Gebiet mit 500 Quadratkilometern Ausdehnung ein flächendeckender Anschluss an das World Wide Net (Internet) gelungen. Über die nationenweite Verbindung soll nun der Zugang zu medizinischen Diensten, zu Bildungswesen und Bankgeschäften ermöglicht werden. Videokonferenzen und Geschäftsbesprechungen werden möglich, ohne das Haus zu verlassen. Damit sparen sich die Einwohner der 350 Inseln (davon 8 bewohnte) die Schiffsreise bzw. den Flug in die Verwaltungshauptstadt Koror. (Pacnews 19.07.00)

Kwajalein: Raketentest misslungen

Anfang Juli testeten die Vereinigten Staaten von Amerika ihr nationales Raketenabwehrsystem im Zentralpazifik. Vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien wurde eine Rakete abgeschickt, die einen nuklearen An-

griff vortäuschte. Eine von der Meck Insel im Kwajalein Atoll (Marshall-Inseln) gezündete Abwehrrakete sollte die amerikanische Rakete treffen, verfehlte jedoch das Ziel und stürzte in den Pazifik. Der misslungene Test gehört zu einem Programm zur Entwicklung des „Star Wars“ (Krieg der Sterne) genannten Verteidigungssystem der Amerikaner. Gegen diese Art der Verteidigungsübung sprach sich Losena Tubanavau Salabula von der ‚Bewegung für einen unabhängigen und nuklearfreien Pazifik‘ (NFIP) aus. *„Jeder dieser Test über dem Kwajalein Atoll kostet 100 Mio US Dollar (2,18 DM je US Dollar am 23.08.00). Das Geld könnte sinnvoller verwendet werden“* so Salabula. *„50 Jahre Atomwaffentests haben unsere Inseln und den Ozean verschmutzt, jetzt geht es damit am Himmel weiter“*, kritisierte die NFIP-Sprecherin die Verteidigungspolitik der Amerikaner (Greenleft 29.07.00, Independent 13.07.00)

Lomé-Nachfolge: 6 neue Mitglieder

Die Zahl der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) hat sich von 71 auf 77 erhöht. Bei der Unterzeichnung des Nachfolgeabkommens zu Lomé Anfang Juni in Cotonou im westafrikanischen Benin wurden folgende Pazifikstaaten aufgenommen: die Cook-Inseln, Nauru, Niue, Mikronesien, Palau und die Marshall-Inseln.

Das Lomé-Abkommen zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union ist ein Partnerschaftsabkommen. Es enthält Vereinbarungen über die Entwicklungszusammenarbeit sowie die politische Kooperation der Unterzeichneten. Des Weiteren regelt das Abkommen die Handelsbeziehungen untereinander. Der Vertrag sollte auf Fidschi unterschrieben werden und war wegen der politi-

schen Krise nach Benin verlegt worden. (The Courier 7/00)

Tuvalu gehört zum Commonwealth

Der seit 1978 unabhängige Staat Tuvalu wird am 1. September 2000 in das britische Commonwealth aufgenommen. Die 54 Mitgliedsnationen sprachen sich einstimmig für eine Aufnahme des polynesischen Inselstaates aus. (Pacnews 15.08.00)

WESTPAPUA UND OSTTIMOR

Zweiter Papuanischer Kongress erklärt Westpapua seit 1961 für unabhängig

Vom 29. Mai bis zum 4. Juni trafen sich in Jayapura (Port Numbay), der Hauptstadt Westpapas, mehr als 2.700 Delegierte aus den 14 Provinzdistrikten, um an einem Kongress über die politische Zukunft des Landes teilzunehmen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen Exilanten, Stammes- und Kirchenvertretern sowie Anhängern der Bewegung für ein freies Papua stand die Frage nach der Unabhängigkeit. Konkret verfolgte der Zweite Papuanische Kongress drei Ziele: (1) die Neubetrachtung der Geschichte Westpapas und die Revidierung der internationalen Anerkennung als Teil Indonesiens, (2) die Konsolidierung der politischen Bewegung und (3) die Erstellung eines politischen Programms.

In der Erklärung des Kongresses heißt es wörtlich: *„Das Volk der Papua ist als Volk und als Staat seit dem 1. Dezember 1961 unabhängig. Das Volk der Papua weist*

durch den 2. Kongress das Ergebnis der Volksbefragung des Jahres 1969 (Act of Free Choice) zurück.“ Trotz vorheriger Zusage nahm der indonesische Staatspräsident Abdurrahman Wahid nicht an dem Kongress teil. Er schickte eine Billion Rupie (0,02 DM je Rupie am 22.08.00) zur finanziellen Unterstützung des Treffens. (Jakarta Post 28.05.00, Erklärung des Kongresses vom 4. Juni 00)

Verstärkte Truppenbewegungen in Westpapua

Der indonesische Staatspräsident Abdurrahman Wahid hat in einer Rede vor den 700 Mitgliedern der Beratenden Volksversammlung Anfang August seine Bereitschaft signalisiert, Westpapua und Aceh in die Autonomie zu entlassen. Zugleich erteilte er den Unabhängigkeitsbewegungen eine scharfe Absage. Um jede separatistische Bewegung von vornherein auszuschalten, fallen zur Zeit indonesische Truppen in Westpapua ein. Unabhängige Beobachter schätzen, dass sich mehr als 6.500 Soldaten in den Provinzen des Landes zusammengezogen haben.

Die australische Regierung hat ihre Besorgnis über den Aufmarsch der Soldaten geäußert. (Epd 08.08.00, The Age 10.08.00)

Indonesische Regierung schränkt Freeport ein

Der indonesische Umweltminister Sonny Keraf plant, die Erlaubnis der Freeport Mine, ihre Abfälle in die Flüsse zu leiten, rückgängig zu machen. Keraf sagte, die Freeport Gold- und Kupfermine hätte so viel Umweltverschmutzung verursacht, dass das Leben der Anwohner an den betroffenen Flüssen in Gefahr sei. Freeport baut täglich 220.000 Tonnen Gestein ab, davon sind nur 3,5% verwertbares Gold und Kupfer. Der einst 4000 m hohe Ertsberg ist bereits komplett abgebaut, das gleiche geschieht nun mit dem Grasberg. Die Rück-

stände aus der Metallgewinnung werden in das Aghawagon-Otomona-Aikwa-Flußsystem in der Timika-Region von Westpapua geleitet. Es handelt sich dabei um rund 210.000 Tonnen Abraum täglich. Die nach Angaben von Freeports Umweltbeauftragten Dr. Wisnu Suseyto ungiftigen Abfälle verstopfen die Flüsse und begraben Wälder unter sich. Keraf sagte, es sei allen Beteiligten klar, dass es sich hier um verseuchten Abraum handele. Man könne nicht bis zur geplanten Schließung der Mine im Jahr 2015 damit fortfahren, die Flüsse und damit auch die Menschen zu vergiften, kritisierte Seraf. (Indonesian Observer 17.06.00)

Freeport schließt Abkommen mit Landbesitzern

Der amerikanische Konzern Freeport McMoRan Copper & Gold Inc. (New Orleans) hat ein „Memorandum of Agreement“ (MOA) mit den Amungme und Kamoro sowie mit einheimischen Bergbauunternehmen unterzeichnet. In dem Vertrag geht es um die Sicherung von Landrechten der beiden größten ethnischen Gruppen am Grasberg, dem Abbauggebiet der Mine. Das Abkommen sei Grundlage für die Neu- und Umverteilung des Landes, das der Konzern bisher von den eigentlichen Landbesitzern gepachtet hat, sagte ein Sprecher des US-Konzerns. Die Vereinbarung beinhaltet zudem verbindliche Zusagen zur Sicherung des Umweltschutzes und der sozio-ökonomischen Ressourcen der Amungme und Kamoro. (Asian Wall Street Journal 20.08.00)

Osttimor: 1 Jahr nach dem Referendum

Auch ein Jahr nach dem Referendum zur Unabhängigkeit von Osttimor hat sich die Situation des Landes nicht entscheidend gebes-

sert. Noch immer leben tausende von Menschen in provisorischen Flüchtlingslagern im indonesischen Westtimor, obwohl die Regierung in Jakarta die Schließung der Camps und die sichere Rückführung der Flüchtlinge zugesichert hatte. In den letzten Monaten wurden vermehrt Kämpfe an der Grenze zwischen West- und Osttimor gemeldet. „Die Spezialeinheiten des Militärs (Kopassus) verhalten sich auch nicht anders als vor dem Referendum, das Kämpfen und Morden geht weiter“, hiess es aus diplomatischen Quellen. Zur Kopassus gehören rund 6000 Soldaten. Während der Suharto-Ära waren sie in die Ermordung von Dissidenten und Führern der osttimoresischen Freiheitsbewegung verstrickt. Kopassus wird von internationalen Organisationen der Verletzung von Menschenrechten in Osttimor, Aceh, Westpapua und den Molukken angeklagt. Die Milizen der Kopassus waren maßgeblich an der Verwüstung Osttimors nach dem Referendum vom 30. August 1999 beteiligt. (South China Morning Post 21.08.00)

SALOMONEN

Trotz Waffenstillstand weiter Kämpfe

Am 5. Juni übernahm die militante Malaita Eagle Force (Adlerstreitmacht, MEF) unter Führung des Rechtsanwaltes und Ex-Politikers Andrew Nori die Kontrolle über die Hauptstadt Honiara auf der Salomon-Insel Guadalcanal. Unterstützt wurde die MEF dabei von paramilitärischen Kräften aus der lokalen Polizei. In der Folge kam es zu Plünderungen, Straßenblockaden, Vandalismus und Dieb-

stählen. Premierminister Bartholomew Ulufa'alu wurde unter Hausarrest gestellt und zum Rücktritt gezwungen.

Der MEF gegenüber stehen die Isatabu Freedom Fighters, (IFF) die für die Rückkehr aller Malaitaner nach Malaita kämpfen. Den Schiessereien und Straßenschlachten zwischen beiden Parteien fiel eine nicht bekannte Zahl von Menschen zum Opfer. Man spricht von bislang 60 Toten. Andrew Nori, der politische Kopf der Malaita Eagle Force, bezeichnete die Kämpfe als „internen Krieg zwischen der IFF und uns“. Weiter hiess es von Seiten beider Anführer, die Zivilbevölkerung solle aus „diesem totalen Krieg herausgehalten werden“.

Während die MEF die Kontrolle über Honiara übernommen hat, dominiert die IFF die ländlichen Gegenden von Guadalcanal und hat in den unzugänglichen Bergregionen Militärcamps errichtet. Beide Seiten kämpfen mit harten Bandagen um die Vorherrschaft der Insel. So stürmte die MEF das Krankenhaus in Honiara, um zwei Patienten der IFF zu ermorden. Als Racheakt dafür zerstörten die Freedom Fighters Trinkwasserreservoirs in Honiara. Die zivile Bevölkerung ist nun auf Wasserlieferungen von außerhalb angewiesen.

Der Bürgermeister von Honiara, Ronald Fugui, sagte, die Situation in der Stadt sei außer Kontrolle. Die Kriminalität sei sprunghaft gestiegen und man müsse befürchten, auf offener Straße von Anhängern der verfeindeten Parteien erschossen zu werden. Deshalb bestellte von 18 Uhr bis 7 Uhr eine totale Ausgangssperre.

Hunderte Menschen verlassen täglich die Stadt und flüchten auf die Nachbarinseln oder nach Australien. Die pazifischen Anrainerstaaten haben ihren Staatsangehörigen empfohlen, die Salomonen zu verlassen und in ihr Heimatland zurückzukehren. Australien und Neuseeland haben dazu Schiffe und Flugzeuge zur Verfügung gestellt.

Der am 3. August nach zähen Verhandlungen unter der Regie des neutralen Vermittlers Australiens und eines extra einberufenen achtköpfigen „Ceasefire Monitoring Council“ unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag zwischen der MEF und den IFF steht auf tönernen Füßen. Die Regierung der Salomonen unter Premierminister Manasseh Sogorave und die MEF unterzeichneten die Vertragspapiere auf dem australischen Versorgungsschiff HMAS Tobruk vor der Küste Honiaras. Einen Tag später folgte die Unterschrift der IFF-Anführer in Aruglio, einer Kleinstadt westlich von Honiara. Während der Unterzeichnung des Vertrages durch die IFF stürmten Rebellen der Malaita Eagle Force die Stadt Foxwood, 25 km östlich der Hauptstadt. Sie zündeten abgestellte Fahrzeuge an und steckten Häuser in Brand. Getötet wurde dabei niemand, die Zahl der Verletzten ist unklar.

Hintergrund: Am 30. Juni wurde der von der Insel Choiseul stammende Manasseh Sogorave zum neuen Premierminister einer Übergangsregierung gewählt, nachdem das Parlament unter Premier Bartholomew Ulufa'alu von der MEF durch Waffengewalt aufgelöst worden war. Das Parlament hatte daraufhin von einem „Regierungsputsch durch die Eagle Force“ gesprochen.

Die Interimsregierung hat bereits einen „Friedensplan 2000“ (Peace Plan) vorgelegt. Der Plan sieht Kompensationszahlungen und einen Versöhnungs- und Rehabilitationsprozess mit Hilfe von Traumazentren und Bildungsprogrammen vor. Etliche Millionen AUS Dollar will die Regierung als Kompensation an die Malaitaner zahlen, die mit Gewalt von den Freedom Fighters aus Honiara vertrieben wurden. Finanzielle Unterstützung hat die Regierung dabei von Taiwan erfahren, das den Versöhnungsprozess mit 2,3 Mio US Dollar unterstützt (*New Zealand Herald 07.07.00, SIBC 11.07., 15.07.00, Wantok 24.07.00, Pasifik Nius 01.08.00, PIR 08.06., 03.08., 15.08.00*)

(Anmerkung der Redaktion: In den Medien gibt es keine einheitliche Bezeichnung für die Gruppe der Guadalcanaler: Isatambu Freedom Movement oder/und Isatabu Freedom Fighters.)

Nationalstaat bricht auseinander

Der Konflikt auf den Salomonen hat zur Abspaltung zweier Provinzen geführt. Nachdem sich bereits Anfang Juli die westlichste Provinz der Inseln zur eigenen Staatsregierung („State of Western Solomons“) erklärt hat, hat Anfang August die östlichste Inselprovinz Temotu nachgezogen. Temotu bezeichnet sich nun als „Staat in freier Assoziation mit den Salomonen“. Sollte die derzeitige Interimsregierung den neuen politischen Status nicht voll anerkennen, werde sich Temotu nächstes Jahr unabhängig erklären, sagte ein Sprecher aus Temotu. Choiseul und die Provinzen von Guadalcanal und Makiara haben angekündigt, sich ebenfalls als „state government“ (Staatsregierungen) zu deklarieren.

Auf den Salomon-Inseln leben in neun Provinzen mehr als 440.000 Menschen. (*Pasifik Nius* 09.08.00, *Wantok* 13.08.00)

Mine arbeitet nicht mehr

Der Betreiber der größten Goldmine auf den Salomonen, die australische Firma Delta Gold Ltd., wird den Betrieb der Mine in diesem Jahr nicht mehr aufnehmen. Die Gold Ridge Mine war am 8. Juni 2000 von IFF-Anhängern gestürmt worden, Management und Arbeiter mußten fliehen. (*Pacnews* 31.07.00)

NRO's vereint

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf den Salomon-Inseln haben sich zusammengeschlossen und ein „Friedenskomitee“ gegründet (NGO for Peace Committee). Unter Vorsitz von George Saemane soll mit langfristigen (Bildungs- und Gesundheits-) Programmen der Friedensprozeß auf den Inseln vorangetrieben werden. Das Friedenskomitee soll mit den Provinzregierungen von Guadalcanal und Malaita sowie Gemeinden und militärischen Gruppen zusammenarbeiten, um innerhalb einer festgesetzten Frist von sechs Jahren den Frieden dauerhaft zu sichern. (*PIANGO* 3/00, *Pacnews* 17.08.00)

„Pazifik aktuell“
im Internet:
<http://antenna.nl/ecsiep>

FIDSCHI

Regierungsputsch unblutig beendet

Putschführer George Speight hat am 13. Juli 2000 die letzten 18 Geiseln aus dem Parlamentsgebäude in Suva entlassen. Speight und seine Anhänger feierten zuvor mit ihren Geiseln das „vakamatanigasa“, eine traditionelle fidschianische Versöhnungszeremonie.

Der erfolglose Geschäftsmann George Speight hatte am 19. Mai zusammen mit zehn bewaffneten Männern das Parlamentsgebäude in Suva gestürmt und 50 Kabinettsmitglieder als Geiseln genommen. Er zwang den amtierenden indischstämmigen Premierminister Mahendra Chaudhry zum Rücktritt und setzte den 80-jährigen Präsidenten Ratu Sir Kamisese Mara ab. Bei dem Putsch starben zwei Menschen durch Schusswechsel, über die Anzahl der Verletzten liegen keine genauen Angaben vor.

Noch ist unklar, wie es auf Fidschi weitergehen wird. Die auf drei Jahre gewählte 32-köpfige Regierung unter dem neu eingesetzten Präsidenten Josefa Iloilo hat am 28. Juli ihre Arbeit aufgenommen. Iloilo war von Speight als Präsident vorgeschlagen worden. Der vom Militär eingesetzte Premierminister Laisenia Quarase wurde ebenfalls am 28. Juli von Iloilo in sein Amt eingeschworen. Allerdings bezeichnet sich der gestürzte Premier Mahendra Chaudhry als „noch im Amt“. Er erwägt, mit seinen Anhängern auf der westlichen Insel Viti Levu eine Exilregierung einzusetzen. Nicht ausgeschlossen werden kann die völlige Abspaltung Viti Levus, dem Hauptsiedlungsgebiet der indischstämmigen Bevölkerung

innerhalb der 320 Inseln umfassenden Republik. Chaudhry wirbt zur Zeit in Indien und anderen Ländern um Unterstützung für eine Rückkehr an die Macht.

Hintergrund: Die Interimsregierung war durch die seit dem Putsch amtierende Militärregierung unter dem Oberkommandierenden Frank Bainimarama eingesetzt worden. Diese Übergangsmilitärregierung hatte sich Ende Mai auf Anraten des Great Council of Chiefs (GCC) gegründet und das Land bis zur Einsetzung des Übergangsparlamentes regiert. Von den 32 neuen Regierungsgliedern sind zwei Minister indischer Abstammung, der Rest sind indigene Fidschianer. (*Pacnews* 13.07., 21.07.00, *Pasifik Nius* 20.07.00, *Junge Welt* 22.07., 23.08.00)

Militär stürmt Rebellenhauptquartiere/Speight verhaftet

Das Militär unter Oberstleutnant Filipo Tarakinikini hat das Hauptquartier der Anhänger des Putschführers George Speight gestürmt. Die Rebellen hatten sich in einer Schule im Vorort Kalabu, 12 km vor Suva, verschanzt und terrorisierten von dort aus Wohngegenden. Sie verbrannten Autos, plünderten Geschäfte und vandalierten. Bei dem Angriff der Armee-Einheiten wurden 39 Menschen verletzt, ein Mensch starb. 415 Personen wurden vorübergehend festgenommen, sie werden vor Gericht befragt.

Einen Tag vor diesen Militäraktionen hatte Oberstleutnant Tarakinikini Speight und zwölf seiner Getreuen bei einer Routinekontrolle verhaften lassen. Sie waren bewaffnet unterwegs und hatten so gegen das Muainikau-Abkommen verstossen.

In dem zwischen dem GCC, der Militärregierung und den Rebellen geschlossenen Abkommen war den Putschisten eine Amnestie zugesagt worden für den Fall, dass sie freiwillig alle Waffen an das Militär ausliefern.

Speight und neun weitere Personen wurden in ein Gefängnis auf der Insel Nukulau, 15 km vor der Küste Suvas verlegt. Nukulau wurde zum Sperrgebiet erklärt und ist damit für die Öffentlichkeit und die Medien nicht mehr zugänglich.

Als Reaktion auf die Festsetzung ihres Anführers besetzten Speights Gefolgsleute die Stadt Labasa, plünderten Läden der indischstämmigen Geschäftsleute und kidnappten 50 indofidschianische Plantagenarbeiter von der größten Zuckerrohrplantage des Landes. Die Rebellen besetzten zudem den Flughafen auf Vanua Levu und entführten zwei neuseeländische Geschäftsleute. Nach diesen Vorfällen erklärte Militärsprecher Tarakinikini, dass Speight und einige seiner Getreuen vor Gericht gestellt und am 28. August vor dem High Court in Lautoka des Hochverrats angeklagt werden. Verrat gilt in Fidschi als Kapitalverbrechen und kann unter Umständen mit dem Tod geahndet werden. Speight werden Todesdrohungen gegen den neuen Staatspräsidenten Josefa Iloilo angelastet. Die von der Militärregierung zugesicherte Amnestie haben die Rebellen mit dem Verstoß gegen das Muanikau -Abkommen verwirkt. (Fiji Sun 27.07., 04.08.00, Sunday Times 30.07.00, FR 27.07.00, Fijilive 11.08.00)

Ex- Regierung verklagt Interimsregierung

Die ihres Amtes enthobene Ex-Regierung unter Premier Mahendra Chaudhry geht gerichtlich gegen die Übergangsregierung unter Präsident Josefa Iloilo vor. Als Kläger treten u.a. die ehemaligen Innen- und Gesundheitsminister im Namen der Partei „Peoples Coalition“ auf. Als Verteidiger werden genannt: Der Ex-Präsident der Fidschi-Inseln, Ratu Sir Kamisese Mara, der jetzige Präsident Josefa Iloilo, der Oberkommandierende der militärischen Streitkräfte, Kommandant Frank Bainimarama sowie weitere Ex-Kabinettsmitglieder.

In der Klage heißt es, die Verfassung von 1997 sei unrechtmäßig außer Kraft gesetzt worden; Kommandant Bainimarama hätte kein Recht gehabt, die Militärregierung einzusetzen und der neu gewählte Präsident Josefa Iloilo sei widerrechtlich im Amt. (Fiji Times 17.08.00)

Putsch stürzt Fidschi in tiefe Wirtschaftskrise

Der zweimonatige Putsch hat Fidschi in die tiefste wirtschaftliche Krise seit dem Regierungscoup von 1987 gestürzt. Der sechsprozentige Wirtschaftsaufschwung vor dem Putsch hat sich in einen dreizehnprozentigen Rückgang verwandelt. Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt und liegt nun bei 15%. Die Gaspreise wurden um zehn Prozent angehoben. Hinzu kommen Exporteinbußen in Höhe von 20%. Australien und Neuseeland haben Sanktionen in den Bereichen Sport, Verteidigung und ‚Entwicklungshilfe‘ gegen Fidschi verhängt. Diese sollen erst gelockert werden, wenn das Land zu demokratischen Verhältnissen zurückkehrt. Besonders betroffen ist der

Tourismus. Reiseveranstalter rieten von einem Besuch ab.

Um den wirtschaftlichen Niedergang abzufedern, hat die Militärführung die Gehälter der Staatsangestellten um 12,5 Prozentpunkte gekürzt. Fidschi leidet unter dem „brain drain“, also der Flucht der Intellektuellen. Allein im Mai verließen 519 Ärzte (darunter der einzige Augenarzt der Inseln), Universitätspersonal, Lehrer, Angestellte im öffentlichen Dienst und Geschäftsleute das Land.

Das Arbeitsamt veröffentlichte folgende Zahlen : 1568 Entlassungen in der Bekleidungsindustrie, 656 Entlassungen in der Möbelindustrie, 1870 im Tourismus, 143 Busfahrer und 500 Arbeiter aus der Zuckerrfabrik bei Labasa sowie 289 Arbeitslose durch die Stilllegung der Elektrizitätswerke. Insgesamt sind 6737 Menschen arbeitslos geworden. Die Zuckerindustrie ist schwer geschädigt, da die beiden großen Bauernverbände, die Fiji Cane Growers Association und die National Farmers Union, die Ernte boykottiert hatten und das Zuckerrohr auf den Feldern verschimmelte. (fijilive 11.08., Pacnews 17.08.00)

KANAKY

Neues Satellitensystem in frz. Überseegebieten

Die Fernseh- und Hörfunkübertragungsfirma Réseau France Outremer (RFO) hat die Übertragungskapazitäten für drei Stationen in den französischen Überseegebieten im Pazifik auf den neuesten Stand

der Technik gebracht. In Nouméa, der Hauptstadt von Kanaky (Neukaledonien), wurde eine 7,3 m große Satellitenschüssel installiert. Weitere Schüsseln wurden in Französisch-Polynesien und auf Wallis und Futuna errichtet. RFO sendet direkt aus Paris auf zwei Fernsehsendern und einem Hörfunkkanal. ‚Tempo‘, der überregionale Fernsehsender und ‚Télé-Nouvelle-Calédonie‘, der lokale Sender von Kanaky, werden nun über Fiberglaskabel nach Los Angeles (USA) und von dort über Satellit in die entsprechenden Länder übertragen. Mit den neuen Satellitenschüsseln ist erstmals die störungsfreie Übertragung aller Frequenzen über diese große Distanz garantiert, erklärte ein Techniker von RFO. (*Oceania Flash 26.07.00*)

Französisches Militär übt den Krieg

Rund 500 Soldaten der französischen Streitkräfte in Neukaledonien, darunter Infanterie, Marine und Fallschirmjäger, absolvieren in der Region östlich von Nouméa eine militärische Übung. Das Szenario: Unter dem Codenamen „Tamanu“ findet in dem fiktiven Land Outanvatu ein Krieg zwischen zwei ethnischen Gruppen statt. Ein Militärsprecher sagte, ein neukaledonisches Regiment könnte jederzeit als Friedensgruppe bei Konflikten im Südpazifik eingesetzt werden und die Soldaten müssten dann wissen, wie sie sich zu verhalten hätten. (*Pacnews 11.08.00*)

**SAMOA, TONGA,
NAURU, KIRIBATI**

Samoa: Projekt zum Meeresschutz gegründet

Das in Apia auf Samoa ansässige Südpazifische Regionalentwicklungsprogramm (South Pacific Environment Programme) hat ein Projekt zur Bewertung des Risikos von Meeresverschmutzungen ins Leben gerufen. Das PACPOL (Pacific Ocean Pollution Prevention Programme) soll auf der Basis individueller Erhebungen in den Hafentstädten pazifischer Staaten Aussagen über den Grad der Verschmutzung des Gewässers durch den Schiffsverkehr machen. Es soll untersucht werden, wann welche Schiffe auf welcher Route fahren, um etwaige Zusammenstöße oder das Durchqueren maritimer Nationalparks zu verhindern. Weiterhin sollen die Gefahren für die Umwelt bei dem Auslaufen von Öl oder anderen Gefahrgütern untersucht werden. (*Pacnews 20.06.00*)

Amerikanisch-Samoa: 2 Stunden Stillen täglich

Mütter, die für die Regierung von Amerikanisch-Samoa arbeiten, dürfen ab sofort ihren Arbeitsplatz für zwei Stunden täglich verlassen, um ihre Babies zu stillen. Das Gesundheitsministerium erlaubt dies für die ersten sechs Monate nach der Entbindung. Gouverneur Tauese Sunia, selbst Vater von zehn Kindern, begründete die Dienstanweisung damit, dass Muttermilch gesünder sei als Flaschennahrung und zudem jederzeit erhältlich sei. Die durch das Stillen ermöglichte enge Mutter-Kind-Beziehung dürfe nicht dadurch zerstört werden, dass Frauen wieder zur Arbeit gehen

müssten, erklärte Sunia. (*Pacnews 07.08.00*)

Nauru und Vanuatu unterstützen Westpapua

Die beiden Staaten Nauru und Vanuatu haben Westpapua ihre volle Unterstützung für die Unabhängigkeitsbestrebungen ausgesprochen. Sie wollen die Unabhängigkeit der indonesischen Provinz bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September als Tagesordnungspunkt einbringen. Dies beschlossen Ende Juli die Regierungschefs beider Länder bei einem Treffen mit einer westpapuanischen Delegation unter Leitung von Theys Eluay, dem Präsidenten des Zweiten Papuanischen Kongresses und Vorsitzenden des dort gewählten Präsidiums. Der Premierminister von Vanuatu, Barak T. Sope Mautamate und sein Kollege Bernard Dowiyogo aus der Republik Nauru wollen zudem die Papuas in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen finanziell unterstützen. (*Jakarta Post 02.08.00*)

NEUSEELAND

Kampagne für Landrechte gegründet

In Auckland hat das Grey Lynn Neighbourhood Law Office (Büro für Nachbarschaftsrecht) Mitte Juni eine auf neun Monate angelegte Kampagne zur Sicherung von (Land-) Rechten der indigenen Völker von Pazifikstaaten ins Leben gerufen. Rund 80 Rechtsanwälte, Übersetzer, Journalisten, Künstler und Fachleute aus Kommunen

und Kirchen wollen die Menschen des Südpazifiks über ihre Rechte bei der Landvergabe und dem Landbesitz unterrichten. „Das Recht gilt für alle und es muß auch von allen verstanden werden können“, sagte Karen Ferris, Koordinatorin der Kampagne. Das als Pacific Law 2000 (PL2K) bezeichnete Projekt hat das Ziel, Laien über die rechtlichen Bestimmungen bei Einwanderung, Familienrecht, häuslicher Gewalt, Schuldenerlass und Pachtverträgen zu informieren. *(Pasifik Nius 20.06.00)*

AUSTRALIEN

Der Gang der Versöhnung

„Say sorry!“ forderten rund 250.000 Demonstranten am Tag der Versöhnung (28. Mai) von Premierminister John Howard. Die Teilnehmer der Demonstration hatten sich auf dem „alten Kleiderbügel“ (die Stahlbrücke am Hafen von Sydney) versammelt, um ihren Gang der Versöhnung anzutreten und die Aborigines um Entschuldigung für erlittenes Unrecht zu bitten. Die schwarz, rot und goldenen Luftballons und Plakate – die Nationalfarben der Aborigines - trugen Aufschriften wie „Gerechtigkeit“, „Gemeinsam vorwärts“ und „Sorry“. Die Demonstranten plädierten für einen Vertrag zwischen den Aborigines und den weißen Australiern. Im Unterschied zu anderen Kolonialmächten hatte Großbritannien Australien ohne jegliches formales Abkommen mit den Ureinwohnern in Besitz genommen. „Die zwei Sorten von

Menschen in diesem Land können nur durch einen Vertrag vereint werden“, erklärte Geoff Clark, Vorsitzender der Kommission für Aborigines und Mitglied im Versöhnungsrat.

Premierminister Howard hatte auf der offiziellen Versöhnungsfeier im Opernhaus Sydneys vor 2000 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft auf die symbolische Geste der Entschuldigung „Sorry“ verzichtet. Er könne sich nicht im Namen seiner Regierung für das von früheren Regierungen begangene Unrecht entschuldigen, sagte Howard. Dazu legte er eine eigene Versöhnungserklärung vor, die die traditionellen Landrechte der Aborigines nicht anerkennt, sondern betont, dass es nur ein einziges Recht für alle Australier geben könne.

Der Demonstration in Sydney folgten Mitte Juni weitere Versöhnungsgänge in den australischen Großstädten. In Adelaide marschierten 55.000 Menschen über die längste Brücke der Stadt, in Brisbane versammelten sich 70.000 Menschen zur bisher größten Kundgebung dieser Stadt. *(taz 29.05.00, Green Left weekly 16.6.00, PNB 7/00)*

Einführung der Mehrwertsteuer

Nach 25-jährigen Bemühungen wurde zum 1. Juli 2000 die Goods and Services Tax (GST, Mehrwertsteuer) in Höhe von zehn Prozent eingeführt. Ausgenommen von der Steuer sind Bereiche der Erziehung und Gesundheit sowie eine Liste mit 500 Lebensmitteln, die einen besonderen Steuerstatus genießen. 2,7 Millionen Unternehmen und Selbständige mußten sich in den Wochen vor der Steuereinführung um eine sogenannte

Australian Business Number (ABN) beim Steueramt bewerben. Die ABN soll Schwarzarbeit verhindern und dem Steuerhinterzug vorbeugen. Mit diesen Maßnahmen erhofft sich die Regierung Zusatzeinnahmen in Höhe von 3,5 Milliarden AUS Dollar. Sie hatte bereits über 460 Millionen AUS Dollar aufgewendet, um die Bevölkerung und die Wirtschaft über die GST zu informieren.

Protestaktionen gegen die GST erfolgten u.a. durch die Bierbrauereien. Durch die Anpassung der Alkoholsteuer und die GST erhöht sich der Bierpreis für Australiens populärstes Getränk um acht Prozent. *(Neue Züricher Zeitung 29.06.00)*

Kein Schutz für Wale

Beim 52. Jahrestreffen der Internationalen Walfangkommission (IWC) in Adelaide ist der Antrag von Australien und Neuseeland zur Einrichtung eines geschützten Bereichs für Wale abgelehnt worden. Die beiden Regierungen hatten für ein zwölf Millionen Quadratmeter großes Schutzgebiet plädiert, das sich in Nord-Südrichtung zwischen dem Äquator und dem Südpazifik und in Ost-Westrichtung zwischen der australischen Ostküste und dem Bereich zwischen Pitcairn und den Osterinseln erstrecken sollte. Großbritannien, Frankreich und die USA gehörten zu den 18 Befürwortern des Antrags. Elf Mitgliedsländer stimmten dagegen, darunter die traditionellen Walfangnationen Norwegen und Japan, vier enthielten sich. Gemäss den Vorschriften der IWC hätte der Antrag eine Dreiviertelmehrheit erreichen müssen. *(Spiegel 04.07.00)*

Downer: „Westpapua bleibt indonesisch“

„Wir akzeptieren Irian Jaya als Teil Indonesiens“, so der australische Außenminister Alexander Downer zur Regierungslinie des Landes. Eine Unabhängigkeit der indonesischen Provinz Westpapua werde Australien nicht unterstützen, da dies zu einem Bruch zwischen Australien und Indonesien führen könnte, erklärte Downer. Er verglich Westpapua mit der Situation in Osttimor vor dem Referendum im August 1999. Osttimor hätte nur deshalb unabhängig werden können, weil die Indonesier die Menschenrechte nicht geachtet hätten. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte man die Timoresen überzeugen können, sich in die indonesische Regierung zu integrieren. Diesen Fehler könne man jetzt wieder gutmachen, sprach sich der Außenminister gegen jede secessionistische Bewegung der Papuas aus. *(Sydney Morning Herald 17.07.00)*

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

Aceh kommt nicht zur Ruhe

In der indonesischen Provinz Aceh sind mehr als 55.000 Menschen auf der Flucht vor den andauernden Kämpfen zwischen Sicherheitskräften, Separatisten und bewaffneten Banden. Allein auf dem Gelände der Ölfirma Exxon im Norden des Landes haben über 20.000 Menschen Zuflucht gesucht, viele von ihnen durch

Hunger und Krankheiten geschwächt.

Die Situation in der an Erdöl reichen Provinz im Nordteil der Insel Sumatra ist seit Jahrzehnten gespannt. Die Aceh-Separatistenbewegung „Freies Aceh“ fordert seit Mitte der 70er Jahre von der Regierung in Jakarta eine Volksabstimmung über einen unabhängigen islamischen Staat. Die Unruhen wurden vom indonesischen Militär blutig unterdrückt, mehrere tausend Menschen sollen bislang ums Leben gekommen sein. Das am 12. Mai geschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung in Jakarta und der Unabhängigkeitsbewegung Freies Aceh hat sich als nutzlos erwiesen *(epd 19.07.00)*

Kriegszustand auf den Molukken

Der Konflikt zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen auf den Molukken hat sich zu einem Krieg ausgeweitet. Nach Schätzungen von Amnesty International sind in den Monaten Mai bis Juli 250 Menschen durch Kampfhandlungen zwischen den beiden Gruppen getötet worden. Über 100 Menschen wurden verletzt, etliche Häuser niedergebrannt und Felder verwüstet.

Die als „Gewürzinseln“ bekannten Molukken gehören zu Indonesien. Auf den rund 1000 Inseln leben zwei Millionen Einwohner. Die größten Inseln sind Halmahera und Seram, das Verwaltungszentrum ist Ambon. Die Molukken wurden vor 400 Jahren von den Portugiesen, später dann von den Niederländern kolonisiert. Mit den Kolonialmächten gelangte das Christentum auf die Inseln. In den vergangenen Jahren

siedelten sich Muslime auf den Molukken an, was Anfang 1999 in einen blutigen Konflikt zwischen Christen und Muslimen mündete. Im Zentrum der Streitereien steht die Vergabe und Inbesitznahme von Land. Bislang fielen über 4.000 Menschen den Kämpfen zwischen der radikal-islamischen Bewegung „Laskar Jihad“ (dt. Truppen des Heiligen Krieges) und christlichen Gruppen zum Opfer. Rund 20.000 Menschen sind nach Westpapua und Papua-Neuguinea geflüchtet. Die indonesische Regierung geht von insgesamt einer halben Million Flüchtlingen seit Ausbruch des Krieges aus. Inzwischen fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker die Entsendung von Blauhelmen (UN-Schutztruppen), um weiteres Töten zu verhindern. Die Gemeinschaft der Kirchen in Indonesien erklärte, der Konflikt „bedrohe die Existenz der christlichen Gemeinschaft“. Den rund 15.000 indonesischen Soldaten ist es bisher nicht gelungen, der Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen ein Ende zu setzen. *(epd 31.05.00, 28.06.00, Sydney Morning Herald 29.07.00)*

SPORT IM PAZIFIK

40 Sportler nach Sydney

Mittelgewicht Lynch Ipera und Leichtgewicht Tony Mirics aus Papua-Neuguinea haben ihre Chance auf die Teilnahme an den olympischen Spielen in Sydney verpaßt. Die Boxer unterlagen ihren Kontrahenten aus Australien bei den Ozeanischen Boxmeisterschaften in Canberra Ende Mai. Damit stellt die größte der pazifischen

Inseln mit der Gewichtheberin Dika Toua nur eine einzige Sportlerin für die Olympiade.

Das Nationale Olympische Komitee Ozeaniens hat inzwischen die Liste mit den 40 Teilnehmern an den Olympischen Spielen veröffentlicht. Qualifiziert haben sich Gewichtheber, Schwimmer, Segler und Surfer, Leichtathleten, Radfahrer und Judoka aus 11 pazifischen Ländern, darunter auch Teilnehmer aus den kleinen Inselstaaten Nauru, Guam und Palau. (*Independent* 25.05.00, *PIR* 15.08.00)

Südafrika gewinnt Camel Trophy 2000

Das Team Südafrika mit Wim van Herzeele (28) und Xavier Scheepers (30) hat die 20. internationale Camel Trophy gewonnen. Zu dem sportlichen Wettkampf, der erstmals im Südpazifik ausgetragen wurde, hatten sich 32 Teilnehmer aus 16 Nationen qualifiziert. Unter Beteiligung von 300 Journalisten und 100 Organisatoren begann das Rennen am 26. Juni in Tonga, die Sportler erlimerium des amerikanischen Medienmoguls Rupert Murdoch erschien seit Ende der 30er Jahre einmal monatlich. Damals noch in Sydney produziert, berichtete die Zeitschrift über Aktivitäten und ‚lifestyle‘ der weißen Siedler in Fidschi und im damaligen Neuguinea. Mit der zunehmenden Unabhängigkeit einzelner Pazifikstaaten entwickelte sich PIM zum wichtigsten Magazin im Südpazifik. Zuletzt wurde es herausgegeben von der Fiji Times Publishing Limited in Suva auf Fidschi. Die letzte Ausgabe des traditionsreichen Magazins berichtet über den Regierungsputsch auf der Insel Fidschi. (*Fiji's Sunday Post* 11.06.00)

reichten 20 Tage später ihr Ziel Samoa. Die Bedingungen des Wettkampfes (Radfahren, Kayak und Orientierungsläufe) wurden den Örtlichkeiten angepasst. So mußten die Teilnehmer in Schnellbooten möglichst viele der 300 als „Haltestellen“ benannten Inseln ansteuern. Dort galt es, verschiedene Aufgaben zu erfüllen: schnorcheln, abseilen, Wellenreiten und tauchen.

Die Camel Trophy wird alle zwei Jahre von der Firma Worldwide Brands Incorporated ausgerichtet, um die wetterfesten Produkte (Taschen, Uhren, Kleidung, Schuhe) mit dem bekannten Camel-Logo zu vermarkten. Kurzfristig mußten die Veranstalter die geplante Route von Tonga nach Fidschi wegen der unsicheren politischen Verhältnisse ändern. (*Tonga* 7/00)

Palau siegt bei Basketballmeisterschaft

Die Republik Palau hat die erste mikronesische Basketballmeisterschaft gewonnen. Die Plätze zwei und drei be-

Herzlichen Glückwunsch

Papua-Neuguinea: Einen runden Geburtstag feiert in diesem Monat die Wochenzeitung „Wantok“ (engl. one talk). Seit 30 Jahren wird die einzige Zeitung im melanesischen Pidgin (Tok Pisin) von „World Publishing“ herausgegeben. Der Zeitungsverlag World Publishing unter Leitung von Anna Solomon wird von verschiedenen Kirchen getragen (u.a. Evangelisch-Lutherische Kirche, Katholische Kirche, Anglikaner, United Church) und veröffentlicht neben dem

legten Guam und der Gastgeber, die Marshall-Inseln. Das „Outrigger's Micronesian Basketball Tournament“ fand vom 1. bis zum 7. August statt. Der Marshallese Giff Johnson, Organisator der Meisterschaft, sprach von einem großen Erfolg für sein Land in diesem für den Pazifik noch jungen Sport. An dem Wettbewerb nahmen Damen- und Herrenmannschaften teil aus den Marshall Inseln, Chuuk, Kosrae, Kiribati, Guam, Palau, Yap und Pohnpei (Ausrichter der Meisterschaft für das Jahr 2002). (*PC online* 08.08.00)

BUNT GEMISCHT

Tschüss!

Fidschi: Das älteste Magazin des Südpazifiks, die Zeitschrift „Pacific Islands Monthly“ (PIM) hat Mitte Juni ihr Erscheinen eingestellt. Das von der Auflage her kleinste Magazin im

Wantok die englische Wochenzeitung „The Independent“ und das monatliche Wirtschaftsmagazin „PNG Business“. Anna Solomon wurde Anfang August von der Pacific Islands News Association (PINA, Nachrichtenagentur) mit einem Journalistenpreis ausgezeichnet. Die Herausgeberin erhielt den „Internationalen Grünen Kugelschreiber“ für die seriöse und investigative Umweltberichterstattung in ihren drei Medien. (*Wantok* 03.08., *Independent* 10.08.00)

Frauen vor!

London: Erstmals in der englischen Geschichte haben An-

fang Juli vor dem Buckingham Palast in London weibliche Wachposten für drei Wochen Stellung bezogen. Die vier Frauen gehörten zu einem Kontingent von 150 australischen Soldaten, die vor dem königlichen Palast Dienst tun. Anlass für die innovative Wachablösung war die „australische Woche“, mit der die 100jährige Zugehörigkeit Australiens zum britischen Commonwealth gefeiert wurde. (*Echo am Sonntag 09.07.00*)

Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen

New York: Vom 6. bis 8. September 2000 findet im Hauptquartier der Vereinten Nationen (UN) in New York das bisher

weltgrößte Gipfeltreffen statt. Zum sogenannten Millenniumsgipfel haben Staatsoberhäupter aus einhundert Nationen ihr Kommen zugesagt. Generalsekretär Kofi Annan hat zur Vorbereitung des Treffens bereits den Bericht der UN vorgelegt: „We the People. The Role of the United Nations in the 21st Century“ Das Gipfeltreffen wird unter anderem den kleineren Ländern dazu dienen, bisher noch nicht unterzeichnete Verträge zu ratifizieren. Vom 22. bis zum 26. Mai trafen sich bereits 1.350 Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen aus über 100 Ländern, um über ihren Beitrag zu dem Treffen zu diskutieren. (*Pacnews 16.06.00*)

PNG auf der EXPO 2000

Papua-Neuguinea: An der regionalen Ausstellung der südpazifischen Inseln Ende Oktober auf der EXPO wird auch Papua-Neuguinea teilnehmen. PNG beteiligt sich mit einem „Haus Tambaran“ (Zeremonialhaus) an der Ausstellung des Südpazifik-Forums auf dem EXPO-Gelände. Dazu stellte die Regierung Gelder in Höhe von 147.000 Kina (0,82 DM je Kina am 22.08.00) zur Verfügung. „Deutschland ist Neuguineas viertgrößter Handelspartner und wir wollen die EXPO nutzen, um unser Land und seine Produkte auch der deutschen Öffentlichkeit zu präsentieren“, sagte Premierminister Sir Mekere Morauta. (*Pms Media 23.06.00*)

Impressum:

Kein Pressedienst
Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion: Julia Ratzmann
Kirchliche Nachrichten: Wolfgang Wendt
"Pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich

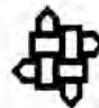
Quellen:

APIN = Asien-Pacific-Issues * FEER = Far Eastern Economic Review *
IsBu = Islands Business Pacific * NL = Nulgin Lutheran *
PIM = Pacific Islands Monthly * PNB = Pacific News Bulletin *
PCC News * PC = Papua-Neuguinea Post Courier * Tapol * Independent =
(PNG) The Saturday Independent * TBSPFF = Tok Blong SPPF *
Umben * Wantok * WPR = Washington Pacific Report * u.a.

Herausgeber:

**PAZIFIK-
INFORMATIONSTELLE**

und



Missionswerk
der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Christsein überall

Postfach 68 · Hauptstraße 2
91561 Neuendettelsau